

Deutschland.

0. C. Landtags-Verhandlungen.

10. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 31. Januar).

11 Uhr. Am Ministerial-Graf zu Eulenburg, Friedenthal, die Geheimen Räte Scholz, Rötger, Liebmann, von Sybel und andere Com-

missionen. Vom Abg. Schmidt (Sagan) ist ein Antrag, betr. die Einstellung der Erhebung von Brückenzöllen eingebracht worden. Vom Finanz-

minister ist ein Gesetzentwurf, betr. einige Veränderungen der ge-

setzlichen Vorschriften für die Erhebung der Grund-, der Klassen- und klassificirten Einkommensteuer eingebracht worden. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des Antrages des

Abg. v. Heereman auf Aenderung der Geschäftsordnung des Hauses bezüglich der Wahlprüfungen.

Abg. v. Heereman beantragt für die Wahlprüfungen, welche jetzt ledig-

lich durch die Abtheilungen besorgt werden, eine besondere Commission zu

wählen in den Fällen, wo 1) eine rechtzeitig erfolgte Wahlprüfung oder

Einsprache vorliegt, oder 2) von der Abtheilung die Gültigkeit der Wahl

durch Mehrheitsbeschluß für zweifelhaft erklärt wird, oder 3) zehn anwe-

sende Mitglieder der Abtheilung einen aus dem Zustande der Wahlprüfungen

abgeleiteten, speciell zu bezeichnenden Zweifel gegen die Gültigkeit

der Wahl erheben. Abg. v. Mantuffel beantragt folgenden Zusatz: Die Commission ist

verpflichtet, die ihr vorgelegten Wahlprüfungen in derselben Reihenfolge zu

erleiden, in welcher sie bei ihr eingegangen sind.

Der Antragsteller bemerkt zur Begründung seines Antrages, daß die

Zusammenfassung der Abtheilungen, die Geschäftsordnung derselben, so

wie der Wechsel der an den Beratungen theilnehmenden Mitglieder der

Abtheilungen mancherlei Bedenken und Uebelstände für die Vorprüfung der

Wahlen, wie für die Planberathungen des Hauses hervorgerufen haben,

so daß es wünschenswerth erscheint, den Wahlprüfungen in einer anderen

Weise eine festere Unterlage zu geben, durch welche nicht nur eine entspre-

chende gleichmäßige Theilnahme der einzelnen Parteien des Hauses an der

Vorprüfung gesichert, sondern auch eine auf bestimmten und stetig festgehal-

ten Grundsätzen beruhende, und fern von der etwaigen Einwirkung von

Partei-Interessen, lediglich von rechtlichen Begriffen geleitete Beurtheilung

der Wahlacte gefördert wird. Den Antrag des Abg. von Mantuffel könne

er aber nicht zur Annahme empfehlen, wenn er auch aus dem richtigen

Gefühle hervorgegangen sei, daß die Minorität geschützt werden müsse.

Wenn man aber ein solches Mißtrauen in die Commission setzt, wie es in

diesem Antrage ausgesprochen ist, so danke er, der Redner, für diese Com-

mission überhaupt. (Sehr richtig! links.) Außerdem sei der Antrag auch

praktisch kaum durchführbar; denn manche zweifelhafte Wahlen erfordern

langwierige Erhebungen; andere können dagegen in aller kürzester Frist ent-

schieden werden. Es wäre doch sachlich nicht begründet, eine an sich klare

Wahlprüfung nur deshalb lange Zeit zurückzustellen, weil eine schwierigere

Wahlprüfung noch nicht erledigt werden konnte.

Abg. von Mantuffel hält seinen Antrag doch nicht für so ganz un-

praktisch; in der letzten Legislaturperiode hätten zwei Herren 3 Jahre lang

im Hause geessen und ganz zum Schluß der letzten Session sei dann ihre

Wahl für ungültig erklärt worden. Sie sind also 3 Jahre in der peinlichen

Lage gewesen, zu Unrecht hier im Hause zu sitzen. Es möchte beinahe

ten zu bringen; aber wenn einmal jener Grundfaß gegen die übrigen Blät-

ter angewendet wird, so darf den „Staatsanzeiger“ seine offizielle Stellung

ebenfalls nicht schenken, weil sonst nicht Licht und Luft gleichmäßig vertheilt

ist. Durch einen derartigen Bericht, wie ihn der „Staatsanzeiger“ auf

Kosten des Landes verbreitet, wird die öffentliche Meinung zu Gunsten der

Minister bearbeitet, und eine Objectivität, welche man doch von einem

officiellen Organ, das auf Staatskosten erhalten wird, wohl verlangen kann,

wird in diesen Berichten völlig unmöglich.

Reg.-Comm. Geh. Ober-Reg.-Rath Jitzelmann: Seit der langen Reihe

von Jahren, in welcher der Etat des „Staatsanzeigers“ dem Hause vorliegt,

ist nach und nach eine große Ermäßigung in den Zuschüssen eingetreten;

während dieselben Anfangs 13,000 Thaler betrugen, sind dieselben jetzt auf

5000 Thaler herabgegangen. Es wird nun jeder Sachverständige im Hause

zugeben, daß es bei einem so großen Unternehmen nicht möglich ist, den be-

stimmten Satz festzuhalten. Die Verwaltung des „Staatsanzeigers“ beab-

sichtigt seit Jahren schon, sich von den Zuschüssen ganz frei zu machen, aber

es ist nur der Günst der Umstände zu danken, daß dies Jahr ein so gerin-

ger Zuschuß möglich war, nämlich durch die Central-Handelsregister, welche

1873 begründet wurden, und das Markenbuchgesetz, welches im vergangenen

Jahre durch den nothwendig werdenden Abdruck eines Registers der bis zum

1. October 1875 landesüblich geschützten Marken eine Summe von 28,000

Thaler einbrachte. Für das nächste Jahr ist bei dem Wegfall eines großen

Theiles dieser Einnahmen und dem billigen Abonnementspreise, der kaum

40 pCt. der Kosten deckt, während das übrige durch Insertionskosten aufge-

bracht werden muß, es nicht möglich, zu übersehen, ob ein weiterer Zuschuß

nöthig sein wird oder nicht. Was den Buchhandel des „Staatsanzeigers“

anbetrifft, so sind die sämtlichen Nebenblätter nur amtliche Publikationen,

wie die Verlosungsstabellen der Reichsbank, die Vacanzlisten des Kriegs-

ministeriums, die Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsamts u. s. w., von

denen allen das Bedürfnis und die Zweckmäßigkeit der amtlichen Veröffentlich-

ung von den verschiedensten Seiten anerkannt worden ist. In Bezug

auf die Parlamentsberichte war es vom Jahre 1848 bis 1851 üblich, dem

„Staatsanzeiger“ die ganzen stenographischen Berichte beizufügen, und es

entstanden dadurch Kosten bis zur Höhe von 37,000 Thaler. Vom Jahre

1854 nahmen die einzelnen Häuser und ihre stenographischen Bureaus diesen

Druck selbst in die Hand und eine Initiative in dieser Angelegenheit würde

also Sache des Hauses und nicht des „Staatsanzeigers“ sein. Es belaufen

sich die Kosten für die Berichte des Reichstages, Abgeordneten- und Herren-

hauses auf zusammen 160,000 Thaler. Jetzt werden nur die Berichte der

Minister durch den „Staatsanzeiger“ veröffentlicht, weil es sich herausgestellt

hat, daß von den Zeitungen diese Nachrichten sehr oft irrtümlich gebracht

wurden und daher häufig Anlaß zu Reclamationen gegeben haben. In Bezug

auf die Nebenblätter des Hauses richtete das Curatorium an das

Präsidium ein Gesuch um Aufhebung von kurzen authentischen Auszügen,

ist aber abschlägig beschieden worden. Einen anderen nicht amtlichen Be-

richt über diese Nebenblätter, der „Staatsanzeiger“ nicht bringen,

Ausdruck „Festbeule“ vermieden hätte; derselbe ist mindestens sehr unge-

möblich. Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Ich fühle mich diesmal

gegenüber den Angriffen gegen diese Position besonders stark (Hört!); denn

die Angriffe, die heute gegen mich gerichtet wurden, waren viel weniger be-

gründet, als die in den früheren Jahren. Herr v. Sauten hat ohne Zweifel

von den Nummern der „Provinzial-Correspondenz“ gesprochen, welche gegen

die Fortschrittspartei und ihre Tendenzen gerichtet waren. Nun, m. H., die

Regierung nimmt Ihr Willigkeitsgefühl dafür in Anspruch, sich doch auch

einmal aussprechen zu können, und das geschah in nur drei Nummern der

hier angegriffenen „Provinzial-Correspondenz“, des Organs der Regierung,

während Jahre lang die Fortschrittspartei in ihren Organen sich alle mög-

lichen Angriffe gegen die Regierung erlaubt hat. Gerade vor den Wahlen

war eine Veranlassung, die Ansicht der Regierung über die Parteistellungen

in diesem Hause auszusprechen, nicht, um für sich gerade direct Propaganda

zu machen, sondern um von der unparteiischen Stellung der Regierung aus

(ebensohfer Widerspruch) Licht darüber zu verbreiten, wie sich die Partei-

Verhältnisse des Hauses gestalten. Von der Fortschrittspartei und den

Nationalliberalen ist diese Auseinandersetzung mit einem gewissen Mißtrauen

ausgenommen worden und hat theilweise zu einer Vereinigung beider Par-

teien bei den Wahlen geführt. Ich habe einen solchen Beschluß nicht ver-

stehen können und abgewartet, was schließlich daraus werden würde. Das

Resultat davon ist heute die glänzendste Befestigung desjenigen, was die

Regierung in ihrer Correspondenz in Bezug auf die Fortschrittspartei aus-

gesprochen hat. Das, was die Regierung vertritt, hat sich vollständig be-

währt. Auf die Bemerkung des Abgeordneten v. Sauten, daß die Re-

gierung sich des Stils und der Ausdrücke der schlechtesten Parteiblätter be-

diene, erwidere ich nur, daß diese Ausdrücke entnommen sind der „National-

Zeitung“ und der „Magdeburger Zeitung“. Ich stelle anheim, in welche

Kategorie der Parteipresse Sie diese Zeitungen setzen wollen. Was die Be-

merkung des Herrn v. Schorlemer betrifft, die Regierung habe in ihrer

„Provinzial-Correspondenz“ Unfug getrieben, so verweise ich die Herren nur

auf die „Germania“ und Conforten.

Abg. Dr. Birchow: Ich verleihe in der That nicht, wie der Minister in

einem Augenblick, wo es sich darum handelt, ob wir aus den Steuern des

Volkes ein bestimmtes Organ der Regierung unterhalten sollen, sich auf

Beispiele von Parteiorganen beziehen, welche, sei es von ihrer Partei, sei es

von ihren Abonnenten unterhalten werden, und welche vollkommen außer-

halb derjenigen Debatte stehen, um die es sich hier handelt. Zu dem, was

wir als Fortschrittspartei mit den Nationalliberalen auszutragen haben,

dazu ist hier nicht der Ort; wir haben hier zu unterfragen, ob die Regie-

rung berechtigt ist, ihrerseits als Partei in den Wahlkampf einzutreten und

mit den Mitteln des Volkes ein Organ zu unterhalten, welches sich den

Menschen ausdrückt, welches unter gewissen Formen in die Häuser der Leute

einbringt, dessen Abonnement gewissen Leuten geradezu zur Pflicht gemacht

wird und welches mit amtlichen Organen in die Welt hinausgeht. Wenn

der Minister sagt, er sei auf einem mehr unparteiischen Standpunkt als wir,

andere werden soll; jedenfalls sollte die Regierung mit einem solchen Beispiele vorgehen. Das eben machen wir den Regierungsblättern zum Vorwurf, daß sie die Privilegien der Regierung benutzen, um uns Dinge zu imputieren, welche ohne diese Privilegien vor Gericht gezogen werden würden. Möge doch die Regierung, so wie es der Graf Bethuysen für seine Partei thut, mit einem Organ in Privatbeziehung treten, und es fehlt ja nicht an solchen Blättern, die mit Freunden der Regierung alle ihre Spalten zur Verfügung stellen. Aber, daß das auf Kosten des Landes gedruckt wird, daß wir uns als Parlamentarier gefallen lassen müssen, der besonderen Qualifikation der dunklen Präparanden der Provinzial-Correspondenz unterworfen zu werden (Sehr wahr! links) und daß solche Blätter als amtliche Regierungs-Organen den Leuten auf den Tisch gelegt werden, das ist in der That ein unerträglicher Zustand. (Beifall Zustimmung links)

Der Minister des Innern scheint es ganz vergessen zu haben, daß die Fortschrittspartei die Regierungspolitik während einer ganzen Legislaturperiode geführt hat und ich glaube nicht, daß der Minister sich hinsichtlich der Culturkampfpolitik mit seinem Kollegen vom Innern darin übereinstimmen wird, daß die Fortschrittspartei die nationale Entwicklung nur negiert. Wir verlangen dafür keine Dankbarkeit (Heiterkeit), aber wir können verlangen, daß die Regierungspresse einige Legislaturperioden rückwärts denken kann. Wir haben keine bestimmten Verbindungen mit anderen Parteien, aber wir werden uns auch nicht an die Vorwürfe der ministeriellen Blätter lehren, wenn wir einmal aus sachlichen Gründen mit den Herren aus dem Centrum übereinstimmen. Wir werden das auch bei dem Minister thun, wenn das sachliche Interesse des Vaterlandes — so weit wir es verstehen können (Heiterkeit) — es erfordert. Wir können allerdings großen Staatsmännern und auch dem Reichskanzler nicht im Voraus Vertrauensvoten geben, weil sie vielleicht etwas vorhabe, was sie nicht sagen können, oder selbst noch nicht wissen. (Heiterkeit) Nachdem die Regierung so consequent Mißbrauch mit diesem Posten getrieben hat, können wir denselben nicht mehr bewilligen. (Beifall links.)

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Wenn der Artikel der „Provinzial-Correspondenz“, den der Vorredner citirte, derselbe ist, in welchem eine Stelle aus der „Magdeburger Zeitung“ entnommen, und in welchem der Name des Abg. Richter genannt wurde, so kann ich erklären, daß dieser eine Artikel gegen meinen Willen in die Correspondenz aufgenommen wurde und daß ich ihn hinterher speciell reprobiert habe.

Abg. Windthorst (Meppen): Die Discussion, die wir hier heute hören, ist sehr sehr lehrreich. Zunächst haben die Herren von der Fortschrittspartei es sich doch wohl zu einem guten Theile selbst zuzuschreiben, wenn sie heute von der Regierung also behandelt werden. Wer Befuß des Culturkampfes so weit gegangen ist, wie die Herren vom Fortschritt, wer zu diesem Befuß so wesentliche bürgerliche Rechte preisgibt und preisgegeben hat, darf sich nicht wundern, wenn man sich von ihnen selbst mit geschaffenen Zuständen heraus das Gewitter fächelt und einmal auf sie selbst entladet. Alles das, worüber die Herren sich heute beschwerten, hat uns seit Jahren Anlaß zu den bittersten Klagen und Beschwerden gegeben, aber uns bei allen unseren Handlungen falsche und die schlechtesten Motive unterzuschieben, darin hat allerdings auch die Fortschrittspartei das Mögliche geleistet, freilich von anderen noch weit übertroffen. (Heiterkeit) Diese Behauptung soll nur andeuten, daß die Fortschrittspartei eigentlich Ursache hätte, dem Herrn Minister Eulenburg für sein Ausreten in der „Provinzial-Correspondenz“ zu danken, denn der Minister hat dadurch wesentlich das Resultat gefördert, wenn nicht erreicht, die Fortschrittspartei aus den Banden zu befreien, in welchen sie ausbüßt, Fortschritt zu sein. (Sehr gut! im Centrum.) Und wenn die Fortschrittspartei wirklich zurückkehren will auf ihr ursprüngliches Programm, in welchem, was den Culturkampf betrifft, nicht Staatspolizei und Unterdrückung der Gewissensfreiheit, sondern Trennung von Staat und Kirche stand, und in welchem auch sonst allerlei werthvolle Gedanken enthalten waren, wenn sie auf dieses Programm ganz und vollständig zurücktreten will, dann wird ihr und nicht der nationalliberalen Partei die Zukunft gehören, soweit sie überhaupt den Liberalen noch Ausblick eröffnet. (Heiterkeit) Ja, meine Herren, der Gang der Geschichte ist ein solcher, und die Wahlen haben es documentirt, daß ein starker Zug conservativer Natur durch das Land geht. (Auf rechts: Gott sei Dank!) Sie sagen Gott sei Dank, und ich sage es mit Ihnen (zur Rechten gewendet); aber, meine Herren, conservativ heißt nicht ministeriell sein. (Heiterkeit links.) Wäre die Regierung diesem Zuge gefolgt, so hätte sie bereits jetzt eine vollständig organisirte conservative Partei sowohl hier im Hause als im Reichstage! Aber freilich, wenn die Telegramme der Regierung bei den Wahlen im entscheidenden Augenblicke gegen die Conservativen entschieden (Widerspruch links, Aufse im Centrum: Kapp!), dann allerdings kann es nicht Wunder nehmen, wenn dieser conservativen Zug noch nicht vollständig zum Durchbruch gekommen ist.

Ich habe also die Ueberzeugung, daß diese Artikel der „Provinzial-Correspondenz“, wodurch dieser Wahn, in dem die Fortschrittspartei bisher lag, zerissen oder ich will lieber sagen eingerissen worden ist — denn ich bin immer noch etwas besorgt, daß das Band wieder zusammenwachsen könnte (Heiterkeit), daß sie dem Lande einen großen Dienst geleistet haben. Die hier geforderten Fonds kann ich indeß aus dem einfachen Grunde nicht bewilligen, weil in einem constitutionellen Staate ein solches Regierungsorgan, wie die „Provinzial-Correspondenz“, worin die Regierung auf Kosten des Landes die einzelnen Parteien angreifen kann, absolut keinen Platz finden darf. Wenn der Staatsanwalt nicht das Anlagemonopol hätte, so wären wir wiederholt in der Lage gewesen, die Correspondenz vor Gericht zu ziehen, nun aber liegt die Sache so, daß die Regierung aus wohlgebornem Hinterhalt auf die Parteien eindringt und dabei natürlich vor ihrem eigenen Staatsanwalt völlig sicher ist. (Sehr wahr!) Ein solcher Zustand ist unerträglich. Die Regierung soll über den Parteien stehen und nicht die allerstärksten Mittel einer Einzelpartei gegen die übrigen Parteien verwenden. Auf die letzte Schlussbemerkung des Ministers erwidere ich: meine Partei hat kein Blatt, über welches sie disponirt (Widerspruch); die Unterstützung, die wir von unseren Blättern erhalten, ist vollständig freiwillig, und ich kann Ihnen offen erklären, daß mancher Artikel in diesen Blättern erscheint, den ich meinen Theils sicher nicht geschrieben, ja nicht einmal für unsere Partei acceptirt haben würde. Das aber wird immer so sein, wenn man eine unabhängige Presse hat. Unsere Kraft liegt allein in der freiwilligen Mitwirkung aller unserer Glieder, die allerdings zuletzt in der gemeinsamen religiösen Anschauung wurzelt. Das Unwesen, das mit diesen geheimen Fonds getrieben wird, verdient in der That den Namen der Krankheit, die der Abg. v. Schorlemer bezeichnete. Was gesund ist, kann das Licht tragen und das Licht macht gesund. Ein solch ungesundes Mittel in der Hand der Regierung mit einer solchen Verwendung in unserem Jahrhundert ist geradezu entsetzlich und liefert eine hübsche Illustration zu dem Rechtsstaat, den Sie geschaffen haben wollen. Nun, m. H., bewilligen Sie diese geheimen Fonds für Ihren Rechtsstaat! (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. Lasker: Wir werden diesen Posten ebenso bewilligen, wie wir ihn bisher bewilligt haben, weil uns mehr die Nothwendigkeit des Dienstes dazu bewog, als etwa die Billigung des Gebrauchs, der von diesem Posten gemacht wurde. Ich will mit der Bewilligung also nicht ausdrücken, daß ich die Veröffentlichungen in der „Provinzial-Correspondenz“ als einer amtlichen Publication angelegentlich vertheile. Ich werde der empfindlichen Aufforderung des Abg. Windthorst Folge geben und für diesen Posten stimmen. (Stimmen im Centrum: Natürlich!) Ihr „Natürlich“ habe ich erwartet; ich kenne die Art, wie Sie andere Parteien zu behandeln pflegen. Die Empfindlichkeit über diesen Punkt hat bei mir gänzlich aufgehört. Der Abg. Windthorst hat uns mit einem pathetischen Ausrufe regalt, der wider die Wahrheit geht. Er hat gesagt: Es giebt kein civilisirtes Land, in welchem der Regierung geheime Fonds bewilligt werden. Dadurch beweist er, daß er die Verhältnisse nicht kennt, aber die er spricht. (Widerspruch im Centrum!) Glauben Sie wirklich, daß der Abgeordnete Windthorst mit Bewußtsein gegen die Wahrheit spricht? Ich glaube es nicht. (Heiterkeit.) In England fällt es keinem Menschen ein, einen solchen Posten zu verweigern, außer in dem Falle, daß man durch eine zu demselben gestellte Resolution die Regierung stützen wollte. Dabei wird dann nach Mehrheit und Minderheit entschieden. Wenn aber gesagt wird, so etwas komme in civilisirten Ländern gar nicht vor, so ist das keine politische Discussion mehr, sondern eine leibschaffliche Parteidiscussion, weil keine Regierung denkbar ist, die nicht gewisse geheime Fonds braucht. In diesem Posten stehen auch die Mittel, welche die Regierung braucht, um die Rundgebungen der Presse zu kontrollieren. Wenn die Herren vom Centrum besonders hier etwas tabeln, was in der Presse besprochen worden ist, und die Regierung sagt: wir haben keine Kenntnis davon, dann heißt es gleich, eine Regierung müsse sich Kenntnis davon verschaffen. Das halte ich auch für ganz richtig. Aber dann dürfen Sie nicht mit stiller Entrüstung sagen, zu solchen Dingen bewillige man in keinem civilisirten Staate Gelder; soll denn die Regierung das aus ihrer Tasche bezahlen? Wir bewilligen also diesen Posten als einen unentbehrlichen, obgleich eine Summe darin steht, die manchmal so verwendet worden ist, wie wir sie nicht verwenden sehen möchten.

Abg. v. Schorlemer-Mst: Wenn einige Theile dieses Postens so unentbehrlich sind, warum trennt man dann nicht das Nothwendige von dem Schlechten? Das läge doch ganz in der Hand der Majorität und wäre besonders eine Aufgabe für den sittlichen Standpunkt des Abg. Lasker, dessen

Partei freilich sich mit der Regierung vollkommen im Einklang befindet. Der Vorredner hat dem Abg. Windthorst vorgeworfen, er hätte die Unwahrheit behauptet und dann von England gesprochen, welches ihm einigermassen un bequem zu sein schien. Würde man dann aber jemals in England einen Fonds bewilligen, in welchem die Mittel stünden, mit denen die Regierung unliebsame Parteien des Parlaments beschimpfen und angreifen könnte? (Beifall im Centrum.) Die Mittel zur Kontrolle der Presse, welche ich für sehr nothwendig halte, wollen wir gern bewilligen, aber niemals die Mittel zur Corrumption derselben. Dem Herrn Minister will ich noch bemerken, daß die „Germania“ sich niemals solcher Ausdrücke bedient hat, wie sie sich in der „Provinzial-Correspondenz“ und in der Reptilienpresse finden. Der Vergleich paßt aber auch sonst nicht. Wenn unsere Blätter die Regierung angreifen, so ist der Staatsanwalt und das Gericht schnell bei der Hand; das Regierungsorgan ist dagegen geschützt. Dazu ist doch unser Geld nicht da, daß die Regierungsorgane uns angreifen und beschimpfen. Möge sich doch der Herr Minister einmal in den westlichen Provinzen danach erkundigen, wie es dort mit der öffentlichen Presse steht und wie diese, namentlich bei den Wahlen, in scandalöser Weise angegriffen und beleidigt werden.

Abg. Braun: Daß die Nationalliberalen mit der Regierung bei den Wahlen so sehr im Einklang gewesen wären, kann ich nicht einsehen, denn gerade die Behörden und besonders die Landräthe haben gegen unsere Partei und für die conservative gewirkt. Ich habe das besonders deutlich verspürt. Der Abg. Windthorst hat dann von einem Telegramm gesprochen und seine Parteigenossen haben dabei „Kapp“ gerufen. Da mein Freund Kapp nicht mehr Mitglied dieses Hauses ist, so halte ich es für nöthig, zu dieser Sache etwas zu bemerken. Aus einem altmännlichen Wahlkreise hat einer der dortigen Wähler beim Reichskanzler telegraphisch angefragt, ob ihm der Graf Schulenburg oder Kapp lieber sei. Darauf ging eine Antwort ohne Unterschrift ein: „Kapp“. Dieses Vorziehen meines Freundes Kapp hat seinen Grund vielleicht darin, daß der Reichskanzler meinte, jene große consolidirte conservative Partei, die Herr Windthorst mit prophetischem Blick und Jubel in Aussicht gestellt hat, würde gegen ihn marschieren, eine Vermuthung, die jedenfalls ganz triftige Gründe hat. Wenn der Abg. Windthorst dem Grafen Schulenburg den Vorzug giebt, so wird er jedenfalls auch seine wohlwollenden Gründe haben, wie sich das ja von einem Staatsmanne von solcher Bedeutung gar nicht anders erwarten läßt. (Heiterkeit) Das beweist aber nur, daß sein Geschmack mit dem des Reichskanzlers nicht identisch ist. (Heiterkeit) Dann hat der Abg. Windthorst einen dicken Strich gezogen zwischen sich und der Presse seiner Partei. In den ultramontanen, von seinem Parteigenossen Jörg redigirten „historisch-politischen Blättern“ wird aber erzählt, daß der verstorbene Abg. v. Wallendorf ein eifriger Mitarbeiter der „Germania“ gewesen sei; noch auf seinem Todtenbette habe er einen Artikel für dieselbe geschrieben. Der Abg. von Schorlemer-Mst hat nun gesagt, wir sollten doch das Nothwendige und Nützliche von dem Unnützen und Schädlichen trennen. Wenn er nur gesagt hätte, wie wir das machen sollten.

Dann müßten wir eben den geheimen Fonds in einen öffentlichen verwandeln. (Stimmen im Centrum: Das wollen wir.) Das wollen Sie, weil Sie sich lediglich auf Ihren Parteistandpunkt stellen. Wir wollen das nicht, weil das eine Verweigerung der geheimen Fonds wäre. Wenn Sie an der Regierung sind, und das kann ja kommen (Heiterkeit), dann werden Sie den Ministern auch geheime Fonds bewilligen. (Im Centrum: Nein!) Nun das wollen wir abwarten (Heiterkeit), und ich würde die geheimen Fonds den Ministern ihrer Partei auch bewilligen, weil sie ohne dieselben nicht fertig werden könnten, und ich lieber eine liberale Regierung habe als gar keine. (Heiterkeit) Wenn dann gesagt worden ist, daß es in England gar nicht vorkommen kann, daß ein Regierungsblatt die Gegenparteien beschimpft, so muß ich antworten, daß es dort eine „Provinzial-Correspondenz“ allerdings nicht giebt, aber es hat jeder Minister seine Zeitung und diese Zeitungen treiben Parteipolitik und beleidigen mit aller andern Blätter. Hier hat nicht jeder Minister sein eigenes Organ, sondern alle zusammen haben nur eins; man weiß, wie der Mann heißt, der es schreibt, es geht alles in der Öffentlichkeit vor sich, und ich möchte nur wünschen, daß man sich auf die „Provinzial-Correspondenz“ beschränke und das Unwesen mit Offiziösen und Quasi-Offiziösen, mit Halb- und Viertels- und Dreiviertels-Offiziösen abstelle. Die Öffentlichkeit ist gleichfalls ein Grund für mich, weshalb ich diesen Fonds bewillige.

Abg. Windthorst (Meppen): Der Abg. Lasker pflegt mich immer als einen völligen Ignoranten darzustellen; das ist für mich ein Anreiz, im Studiren fortzufahren, und es wäre auch für ihn so übel nicht, wenn er dann und wann erstere Studien machte. Er lieferte dann eine einseitige Darstellung dessen, was ich gesagt habe, und widerlegte dann das, was er selbst construirt hat. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß ich ein Institut, wie die Provinzial-Correspondenz (Abg. Lasker: Der Titel heißt „geheimen Fonds.“) Ich bitte mich ausreden zu lassen und dann zu widerlegen. Ich habe gesagt, daß ein Institut, wie die „Provinzial-Correspondenz“ unübertraglich sei mit den richtigen Prinzipien eines constitutionellen Staates, und daß zu einem solchen Zwecke in keinem Staate geheime Fonds bewilligt würden, ebenso wenig zu Ausgaben für geheime Agenten, die wir in der neueren Zeit wieder auftauchen sehen, und ich habe dann geschlossen: Nun, ihr Anhänger des constitutionellen Rechtsstaates, bewilligt den geheimen Fonds zu solchen Zwecken. Daß die Bewilligung erfolgen würde, habe ich gar nicht bezweifelt. Für einen Mann, der aus allen Zeitungen das Bemerkenswerthe für die Minister zusammenstellt, will ich das Gehalt gern bewilligen, denn ich sehe es gern, wenn die Herren Minister nicht bloß die „Magdeburger“ und „National-Zeitung“ lesen. Dazu ist aber ein solcher Apparat von geheimen Fonds nicht nöthig, und wenn in dem Fonds einige Großen zu einem guten Zweck bewilligt werden, so ist damit die Bewilligung für einen schlechten Zweck noch nicht gerechtfertigt. Die Blätter, welche uns unterstützen, thun dies völlig selbstständig und lassen sich keineswegs von uns eine Direction geben. Ich würde eine solche Unterstützung auch nicht wünschen, wenn sie nicht vollständig unabhängig von uns wäre. Wenn der Abg. Braun anführt, Wallendorf habe für die „Germania“ geschrieben, so ist mir, der ich doch seine Thätigkeit näher zu beobachten Gelegenheit hatte, als irgend Jemand im Hause, das völlig neu: es gehörte nicht gerade zu seiner Thätigkeit, Artikel zu schreiben. Wenn er auch einen oder den anderen Artikel geschrieben haben sollte, und wenn auch noch andere Männer unserer Partei das gethan haben sollten, so bleiben die Blätter deswegen doch unabhängig. Die Mittel, welche die Regierung nöthig braucht, verweigern wir nie. Wenn aber damit ein solcher Mißbrauch getrieben werden soll, dann kann ich nur sagen, daß die Regierung selber Partei und parteiische Regierung im aller schlimmsten Sinne wird, kann ich nichts bewilligen. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Meyer (Arnsvalde): Die Aeußerung des Abg. Braun, daß die Landräthe im Auftrage des Ministers des Innern für die conservative Partei eingetreten seien, ist objectiv unwahr. Der Minister hat vielmehr ein Rescript an die Landräthe erlassen, wonach sie sich jeder Theilnahme der Wahl enthalten sollten und an dieses Rescript haben sie sich strietissimo gehalten. Meine Fraction, welche aus der sehr gewählten Gesellschaft von nur neun Mitgliedern besteht (Heiterkeit), ist nicht ministeriell und nicht antiministeriell, für sie ist die ganze Sache vollständig gleichgültig (Heiterkeit). Nur habe ich bemerkt, daß die Herren, denen die im Amte befindlichen Minister gefallen, stets die geheimen Fonds bewilligen wollen, während die Gegner der amirenden Minister die Absetzung derselben befürworten. Wenn der Abg. Richter (Hagen) einmal Finanzminister werden sollte, ein Fall, dessen Eintritt ich nicht wünsche (Heiterkeit), dann werden auch seine politischen Freunde unter allen Umständen für diesen Posten stimmen. Meine Partei wird einstimmig oder vielmehr neunstimmig (Heiterkeit) die Position bewilligen, weil sie zur Verwaltung unbedingt nothwendig ist. Die Mißbräuche, welche auch ich nicht billige — denn die Ausdrücke, die der Abg. Birchow aus der „Provinzial-Correspondenz“ citirte, waren ein bißchen zu stramm (Heiterkeit) — hat auch der Minister nicht gebilligt und ihre Beseitigung läßt sich auch auf andere Weise erreichen, als durch Streichung der Position. (Beifall rechts.)

Die Discussion wird geschlossen.

Persönlich richtet Abg. Lasker an Windthorst (Meppen) die Bitte, ihm die Einsicht in den uncorrigirten stenographischen Bericht seiner Rede zu verstaten, er werde dann dem Hause nachweisen, daß Windthorst allerdings nach einigen Zwischenfägen behauptet habe, in keinem civilisirten Staate würden geheime Fonds bewilligt.

Abg. Windthorst (Meppen) ist bereit, dem Abg. Lasker Einsicht in das Stenogramm zu gestatten, das dies Recht dem Abg. Lasker zustehe; er vermahnt sich aber gegen die Insinuation, daß er sinnändernde Correcturen in seinen Reden vornehme. Dieser Vorwurf treffe auch den Aufsicht führenden Vizepräsidenten und Schriftführer.

Darauf wird die Position in in namentlicher Abstimmung mit 213 gegen 157 Stimmen bewilligt. (Dagegen stimmen das Centrum, die Fortschrittspartei und die Polen.)

Es folgt der Etat der Staatsarchive. Zu Titel 2 der außerordentlichen Ausgaben (zur Erwerbung des Bauplazes für ein in Bonn neu zu errichtendes zur Aufnahme der Staatsarchive von Coblenz und Jülich bestimmtes Staats-Archiv-Gebäude und erste Rate der Bautkosten 80,000 Mark) beantragt Abg. Petri und die übrigen Abgeordneten aus dem Regierungs-

bezirk Wiesbaden: „Diesen Posten zu streichen und an dessen Stelle zu setzen: Für den Abbruch und Wiederaufbau des sogenannten Mittelbaues (östlichen Flügels) des Staats-Archiv-Gebäudes zu Jülich 58,450 Mark.“

Abg. Petri beantragt die Verweisung der Position und des Antrages an die Budgetcommission, womit sich der Regierungskommissar v. Sybel einverstanden erklärt. Das Haus beschließt demgemäß.

Ohne Debatte werden die Etats der Generalordenscommission, des geheimen Civilcabinet, der Ober-Rechnungskammer, der Ober-Examinations-Commission zur Prüfung für die höheren Verwaltungsämter und des Disciplinarhofes genehmigt.

Beim Etat des Gerichtshofs zur Entscheidung der Competenz-conflicte weist Abg. Bachem auf die allgemeine Unbeliebtheit dieses Instituts bei allen Parteien des Hauses hin und bespricht namentlich verschiedene Urtheile dieses Gerichtshofes, wodurch auch in Eigenthumsfragen der Rechtsweg ausgeschlossen worden sei, worüber auch die Verwaltungsbehörden die Entscheidung abgegeben haben. Ein Antrag auf Beseitigung des Gerichtshofes sei nicht am Platze, auch die Streichung der Position sei nicht angezeigt, vielmehr eine Erhöhung der Gehälter wegen der in den letzten Jahren erheblich vermehrten Beschäftigung wohl zu rechtfertigen. Obwohl der Gerichtshof eine dauernde Modification durch die Reichsjustizgesetze erleiden werde, habe er doch geglaubt, daß es für das Haus interessant sein würde, einiges über die Praxis dieser Behörde zu erfahren. (Nur links: Nein.) Sei das nicht der Fall, dann bedauere er, eine so gute Meinung von der linken Seite des Hauses aus der Provinz mitgebracht zu haben. Die Positionen werden sämmtlich bewilligt.

Es folgt der Etat der Ausgaben für Zwecke der Landesvermessung.

Abg. Petri giebt dem Hause eine Erläuterung über das Abkommen, welches die preussische Regierung mit der Reichsregierung abzuschließen im Begriffe sei, um eine größere Centralisirung der Arbeiten zu erreichen, wonach Preußen an das Reich für diese Zwecke einen jährlichen Pauschalbeitrag von 800,000 Mark zahlen muß.

Abg. Schmidt (Stettin) spricht die Hoffnung aus, daß der Reichstag das Abkommen zwischen der Reichs- und der preussischen Staatsregierung genehmigen werde, was ja zu erwarten stehe, da der betreffende Antrag hier fast einstimmig angenommen worden sei. Redner fragt dann, wie weit die Vermessungen und die topographischen Aufnahmen vorgeschritten seien.

General-Lieutenant v. Morosowicz erwidert, daß die Officielle auch für Marinevermessung bemessen sei; auch in Schleswig-Holstein, wo tabula rasa vorhanden sei, würde noch in diesem Jahre vermessen und damit würde in 2 Jahren die Arbeit zu Ende geführt sein. Die ganze Vermessung des Landes würde etwa in 20 Jahren beendet werden.

Abg. Sombart wünscht eine größere Beschleunigung der Arbeiten der Landesvermessung zum Zwecke der Herstellung eines guten Grundkatasters und empfiehlt zu dem Zwecke die Verwendung von Civilbeamten bei diesen Arbeiten, da die bisherigen militärischen Kräfte allein nicht mehr ausreichen. Man müsse allerdings für eine bessere Ausbildung der Civilbeamten sorgen, welche jetzt nicht genügend sei; er wünsche deshalb die Einrichtung von Special-Cursen für dieselben in der höheren Geodäsie bei den Polytechnen.

Abg. Birchow wünscht den Pauschalbeitrag an das Reich nicht auf so lange zu bewilligen, wie die Regierung es im Etat ausdrückt, nämlich so lange, als die wesentlichen Grundlagen, auf welchen die gegenwärtige Aufstellung des bezüglichen Etats beruht, unverändert bleiben, namentlich also auch eine andere Vertheilung der Generalkosten nicht durch den Beitritt anderer Staaten erforderlich wird, sondern nur auf so lange als die Arbeiten im speciellen preussischen Interesse nothwendig sind. Er wolle nur kein Präjudiz für eine entgegengesetzte Meinung aus seinem Schweigen ziehen lassen. Regierungs-Commissar Geh.-Rath Rötger erklärt, daß das Abkommen mit dem Reiche nur nach dem Gesichtspunkte abgeschlossen werden würde, daß eine specielle, gleichmäßige Gegenleistung des Reichs an Preußen für seinen Pauschalbeitrag erfolge.

Abg. Graf Bethuysen glaubt den Abg. Birchow in Betreff seiner Besorgnisse vollkommen beruhigen zu können, im Uebrigen schließt er sich den Vorschlägen des Abg. Sombart an.

Die Position wird bewilligt.

Ohne Debatte genehmigt das Haus noch den Etat der Lotterieverwaltung.

Hierauf vertagt sich das Haus um 4 Uhr bis Donnerstag 11 Uhr. Fortsetzung der Staatsberatung.

Berlin, 31. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Gymnasial-Director Dr. Vogt zu Kassel den Adler der Ritter des königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern; dem Gymnasial-Dozenten Professor Dr. Weber daselbst den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; den Gymnasial-Oberlehrern Schorre, Dr. Lindenkohl, Dr. Ruch, Dr. Hertwig und Dr. Heukner, sämmtlich zu Kassel, sowie dem Professor und Lehrer an der königlichen Akademie der Künste daselbst, Stiegel, den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Gesanglehrer Temme am königlichen Gymnasium daselbst den Adler der Inhaber des königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern, sowie dem Gymnasialdiener Melcher daselbst das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat den Oberlehrer am Real-Gymnasium zu Wiesbaden, Friedrich Spangenberg, zum Director dieser Anstalt ernannt; den königlichen Bergverwalter, Bergmeister Duncker zu Koblenz, Roth zu Burbach, von Gellhorn zu Neustadt-Eberswalde, Riemann zu Wehlar und Buss zu Deutz den Charakter als Bergath; dem Kreisgerichts-Secretär Busse in Lauban bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Kreisrath; sowie den Chofoladen- und Zuckermakere-Fabrikanten Gebrüder Albert Nicolaus, Peter Joseph und Heinrich Stollwerck zu Köln a. Rhein das Prädikat als königliche Hoflieferanten verliehen.

Das Kaiserliche Vice-Consulat in Manzanillo (Cuba) ist eingezogen worden.

Dem Gymnasial-Oberlehrer Dr. Friedrich Wilhelm Albert Munde zu Gütersloh, und dem Oberlehrer Dr. Schreiber an der Realschule erster Ordnung zu Magdeburg ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden. An dem katholischen Schullehrer-Seminar zu Jülich ist der Lehrer W. Wagner von der Strafanstalt zu Köln als ordentlicher und Muffelreiter angestellt worden. — Der Gerichts-Assessor Dr. jur. Schlieff aus Breslau ist zum Advocaten im Departement des Appellationsgerichts zu Frankfurt a. M. mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst ernannt worden.

[Patente.] Preußen. Auf 3 Jahre. Dem Friseur Heinrich Engelhardt zu Berlin unter dem 26. Januar auf einen Haarbestuhl. — Dem Herrn Gottlieb Vergahaus zu Barmen, Wichlingshausen, unter dem 26ten Januar auf eine Vorrichtung an Bandwebmaschinen zur Verdrängung der Kettenfäden.

Königreich Sachsen. Auf 5 Jahre. 8. Januar 1877, Dr. Gustav Theodor Gerlach, Kalk bei Deutz, Verfahren, um Schwefel aus Schwefelergzen und schwefelhaltigen Massen zu gewinnen; 8. Januar 1877, Heinrich Käthe, Berlin, für John Swinton Butler, London, eigenartiges Färben von Zeugen, die künstlich etnen Seidenglanz erlangt haben; 10. Januar 1877, Ferdinand Victor Kallab, Wiese bei Freudenthal, Verfahren zum Weichen der animalischen Gefäßpflaster; 10. Januar 1877, Martin Neuenburg, Kalk bei Deutz, Schrambohrmaschine; 10. Januar 1877, Gebrüder Leiffner, Leipzig, Verbesserung an Rollbandmaschinen. Verlängert bis 31. März 1878, Frist zur Ausführung des F. Edmund Thode und Knoop, Dresden, für August Schomberg, Marylebone-Road, Grafschaft Middlesex in England, unterm 31. März 1876 auf Verbesserungen an Eisenbahn-Signalen ertheilten Patentes; verlängert bis 25. Februar 1878, Frist zur Ausführung des Melchior Nolden, Frankfurt am Main, unterm 25. Februar 1876 auf Verbesserungen an dem ihm am 7. April 1873 patentirten Wasserreinigungs-Apparate ertheilten Patentes.

Sachsen-Altenburg. 26. Jan. Herr Mühlen-Director Albert Zipfer in Krausen, 5 Jahre, Getreideförder-Schneidemaschine.

Berlin, 31. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] hörte gestern Nachmittag 4 1/2 Uhr den Vortrag des Staat-Secretärs, Staatsministers von Bülow. Heute Vormittag nahm Allerhöchstdieselbe den Vortrag des Chefs des Civil-Cabinet, Geheimen Cabinet-Raths von Wilmski, entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] ertheilte dem Gesandten der Schweizerischen Eidgenossenschaft die nachgesuchte Abschieds-Audienz.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] nahm im Laufe des gestrigen Vormittags militärische Meldungen entgegen. Um 1 1/2 Uhr begab sich Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz in das Ministerium des königlichen Hauses und demnachst zur Landgräfin von Hessen, königliche Hoheit. Um 5 Uhr waren Ihre königlichen Hoheiten der Prinz und die Prinzessin Albrecht bei den Höchsten

Herrschaften zum Diner. Se. Königliche Hoheit der Prinz Heinrich
kehrte gestern früh um 8 1/2 Uhr nach Kassel zurück. (K.-Anz.)
○ Berlin, 31. Jan. [Die „Provinzial-Correspondenz“].
— Zur Theilung der Provinz Preußen. — Die Eisenzölle.
— Deutschland und China.] Der heutige Artikel der „Prov-
Corresp.“ über französische Verdächtigungen und Wühlereien gegen
Deutschland dürfte in der politischen und diplomatischen Welt einiges
Aufsehen machen. Es ist seit Jahren das erste Mal, daß das halb-
amtliche Blatt eigene Mittheilungen in dieser Richtung bringt, und
schon in dieser Thatsache liegt die ungewöhnliche Bedeutung dieser
Rundgebung. In der That aber fordert der Artikel der „Revue des
deux Mondes“ zu einer energischen Zurückweisung heraus. Als vor
einiger Zeit die „Nordd. Allg. Ztg.“ einen Aufsatz der „Sentinelle“
enthielt, der offen den Krieg gegen Deutschland predigte, erwiderte der
„Moniteur universel“, man möge doch in Deutschland nicht Werth
legen auf solche obscure Blätter aus der Provinz. Was sagt aber jetzt
das officiële Blatt der französischen Regierung zu dem Artikel eines
Journals, das für das hervorragendste und tonangebende Organ Frank-
reichs gilt? — Einige Blätter melden, daß über die Theilung der Pro-
vinz Preußen bereits ein Gesetzentwurf fertig sei. Richtig ist aller-
dings, daß dem Staatsministerium bereits ein vorläufiger Entwurf vor-
liegt, aber bloß als Anhalt für die erste Berathung vor der Einholung
der allerhöchsten Genehmigung. — Die „Neue Freie Presse“ in Wien
constatirt, daß die Aufhebung der deutschen Eisenzölle noch nicht den
geringsten Einfluß zu Gunsten der österreichischen Eisenproduction ge-
äußert habe. Der Export bleibe beschränkt trotz der niedrigen Preise
und des hohen Disagios der heimischen Baluta, welches den öster-
reichischen Industriellen zu Gute komme. — Aus englischen Consular-
Berichten über den Handel Chinas im Jahre 1875 ergibt sich das
interessante Factum, daß nach Maßgabe der Schiffsahrts-Verbindung
Deutschland im Verkehr mit dem himmlischen Reiche die dritte Stufe
unter den Staaten einnimmt. In chinesischen Häfen liefen in jenem
Jahre ein 8277 englische, 3836 amerikanische, 1577 deutsche Schiffe,
dagegen nur 239 französische, 73 spanische u. s. w.

Landesberg a. W., 31. Jan. [Wahl.] Bei der engeren
Wahl im hiesigen Wahlkreise wurde der Geh. Amiralitätsrath a. D.
Jacobs (nat.-lib.) mit 9203 Stimmen gewählt. Amtsrath Diez
(deutsch-cons.) erhielt 7895 Stimmen.

Pinneberg, 31. Jan. [Stichwahl.] Im hiesigen Wahl-
bezirke fielen bei der engeren Wahl nach amtlicher Zählung 11,937
Stimmen auf den Prof. Beseler (altlib.), 8354 auf den Maschinen-
bauer Stöhr (Socialdem.), somit ist der erstere gewählt.

Wesel, 30. Jan. [Proceß.] Von hier schreibt man der „K.
Zg.“: Der im September v. J. bei Grieth stattgefundene Zusam-
menstoß des der Firma van Reede in Rotterdam gehörigen Schrauben-
dampfers „Onderneming“ mit dem Passagierboote „Stadt Mann-
heim“ der Köln-Düsseldorfer Gesellschaft bildete heute Gegenstand der
Criminalprocedur vor dem hiesigen königl. Kreisgericht. Es wurde
gegen den nicht erschienenen Angeklagten, Capitän des Rotterdamer
Schiffes, welcher holländischer Nationalität, in contumaciam ver-
handelt. Die Beweisaufnahme durch die Zeugen stellte fest, daß der
Zusammenstoß, welcher den Untergang beider Schiffe und den Tod
mehrer Menschen (Söhne des Angeklagten) zur Folge hatte, durch grobe
Nachlässigkeit des Besatzungsbefehlshabers, indem derselbe beim Ausbiegen das
vorchriftsmäßige Fahrwasser verlassen und sich um die von der preußi-
schen Rheinisch-Westfälischen Eisenbahnverwaltung vorgeschriebene Signalführung nicht ge-
kümmert, sondern die holländischen Signale getragen, erfolgte. Der
Gerichtshof erkannte mit Rücksichtnahme darauf, daß der Angeklagte
schon von der Vorführung so hart gestraft, auf eine Gefängnißstrafe von 1
Jahr. Die Staatsanwaltschaft hatte 1 1/2 Jahr beantragt und be-
schloß die flechtbrieffliche Verfolgung.

Köln, 31. Jan. [Die fällige englische Post aus London.] den
30. Abends, planmäßig in Köln um 2 Uhr 50 Minuten Nachmittags, ist
ausgeblieben. Grund: Ueberfahrt von Dover nach Ostende ist in der ver-
gangenen Nacht wegen Sturm gänzlich eingestellt.

Dresden, 30. Januar. [Zur Wahl.] In den „Dresd. Nachrichten“
liest man folgende Inzerate, die aus Gründen der „Treue gegen König und
Land“ (1) zur Wahl Bebel's aufforderten:
„Bebel wurde, als des hochseligen Königs Johann Majestät mit Söhnen
und Heere in Oesterreich stand, dafür von Herrn v. Wurmb gemahregelt,
daß er, Bebel, für die Rückkehr Sr. Majestät agitierte. Ist das königsfeindlich?
Die Gesinnungsgenossen Mayhoff's beschloßen damals die Annexion
Sachsens. (??) Wäre es nach ihrem Willen gegangen, so wären wir heute
schon preussisch. Conservative, treue Sachsenherren, beherzigt das!“
„Sachsen! In Preußen hat vor wenigen Tagen das Abgeordnetenhaus
beschlossen, eine Ruhmeshalle zu bauen, um die Thaten von 1866 zu ver-
herrlichen. Sämtliche Gesinnungsgenossen des Prof. Mayhoff — die
Nationalliberalen — haben dafür gestimmt! Sachsen, denkt an diese Ab-
stimmung! Sie heißt: Preußen freut sich (?) über den Bruberkrieg von
1866! Gegenüber einem solchen Vorkommnisse kann jeder gute Sachse heute
nur für Bebel stimmen. Ein Patriot.“

München, 30. Jan. [Commission.] Die von der k. Regie-
rung von Oberfranken zur Prüfung des Nothstandes der Weber des
Voigtlandes abgesendete Commission ist zurückgekehrt und bezeichnet die
Dreie Konradtsreuth, Leupoldsdörfer und Hornberg als die haupt-
sächlichsten darbenenden. In Konradtsreuth sind 60 Familien ohne Arbeit,
15 Familien hatten seit 14 Tagen keinen Bissen Brot im Hause und
ihre Nahrung besteht aus schlechten Kartoffeln. Dazu kommt noch,
daß dort tiefer Schnee liegt und die Kälte heftiger als in den
übrigen Gemeinden Baierns ist, und die Herren Regierungs-
Commissare in vielen Häusern nicht einmal einen geheizten Ofen
antrafen.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 31. Jan. [Das 74-jährige Bestehen der Schlesi-
schen Gesellschaft für vaterländische Cultur] wurde am Sonntag,
den 28. Januar c., Mittags 2 Uhr, durch ein Festmahl im kleinen Saale
der alten Börse feierlich begangen. Gegen 100 Mitglieder und Gäste waren
erschieden, um in altgebrachter Weise sich des Gedeihens und des segens-
reichen Wirkens einer Gesellschaft zu erfreuen, die sich seit 1803 die hohe
Aufgabe gestellt hat, die Wissenschaft in das Leben hinauszutragen und für
unsere schöne Provinz einen Mittelpunkt abzugeben für alle einschlägigen
Bestrebungen, nach allen Richtungen hin vaterländische Cultur zu verbreiten.
Wer wüßte es nicht, daß unter der gegenwärtigen, nun schon seit einigen
30 Jahren bestehenden Leitung ihres ehrwürdigen Präses die Gesellschaft in
ihrem kosmopolitischen Wirken weit über die Grenzen des Vaterlandes hin-
aus sich erstreckt und längst ebenbürtig geworden ist manchen Akademien
größeren Wirkens? Daher das lebhafteste Interesse, mit welchem an ihrem
Stiftungsfeste alle Stände so gern sich betheiligen.
Die Festfeier verlief in ebenso würdevoller, wie gemüthlicher Weise und
fiel in einem für die Gesellschaft hochwichtigen Acte ihren diesmal ganz
besonders charakteristischen Abschluß. Wir registriren zunächst die Reihe der
officiellen Toaste.
Nach einem von dem Präses der Gesellschaft, Herrn Geh. Rath Prof.
Dr. Göppert, ausgebrachten und begeistert aufgenommenen Trinkspruch
auf Se. Majestät den Kaiser und König gedachte Herr Geh. Rath von
Görs in getragenen Worten des Dankes der hiesigen königlichen Univer-
sität, als welche von jeher in höchst bereitwilliger Weise die Interessen der
Gesellschaft gefördert habe. Der als Gast anwesende zeitige Rector ma-
gneticus Prof. Dr. Herz schilderte in seiner Erwidrerung in höchst an-
sprechender Weise die Thätigkeit der einzelnen Sectionen, die für fast jede
Wissenschaft (Theologie und Philosophie ausgenommen) Adepten erzogen
und in denen nicht bloß Professoren der Universität, sondern auch Lehrer
aller Art, Künstler und Industrielle, ja selbst Studierende als Vortragende

ausstritten; wolle doch selbst der Präses der Gesellschaft, trotz seiner grünen
Haare, noch ebenso lernen wie lehren. Und an einen bekannten Vers des
antiken Dichters Simonides sich anlehnend, brachte er so dem Geh.
Rath Göppert ein weithin widerhallendes Hoch aus. Der Gefeierte er-
widerte dasselbe, indem er den Sections-Secretären für ihren unausgesetzten
Beistand dankte, weiterhin in pietätvoller Weise des Stifter der Gesell-
schaft, Professor Müller, und des einstigen Regenerators derselben,
Rector Reiche, gedachte, und die gegenwärtigen Mitglieder der Gesell-
schaft leben ließ. — Der General-Secretär, Herr Staats-Anwalt von
Uechtritz, brachte den heimathlichen Behörden (des Staates, der Provinz
und der Stadt) Worte der Huldigung dar und Herr Professor Dr. Poled
forderte die Anwesenden an, den unter ihnen weilenden Vertreter der
activen Armee, Herrn Divisions-General von Wechmar, festlich zu be-
grüßen. Herr von Wechmar dankte in herzlichen Worten, auf den Beruf
der Armee hinweisend, die fern von aller Politik, und getreu dem Wahl-
spruch „mit Gott, für König und Vaterland“, namentlich beim Herausziehen
seiner Mäcke nur zum Schutze des Staates und damit auch zum Schutze
der Kunst und Wissenschaft sich immerdar bereit stelle. Herr Kaufmann
Schmook, in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter, dankte im Namen
der Stadt für die ihr gewidmeten Worte und brachte ein Hoch aus auf die
„Einmüthigkeit zwischen Stadt und Schlesiäer Gesellschaft auf dem Wege
der Cultur.“

Die officiellen Ansprachen hatten ihre Endschacht erreicht. Da erhob sich
Herr Geh. Rath Prof. Dr. Römer, um, aufgefordert von Seiten des Prä-
sidiums, extra ordinem das Wort zu ergreifen. Es könne aber, meinte er,
nur etwas dem Präsidium Unangenehmes sein. Es wolle ihm bedünken,
meinte der Redner, daß es für eine so bedeutende wissenschaftliche Körper-
schaft, wie die Schlesiäer Gesellschaft sei, sich nicht passe, zur Mieth-
e zu sitzen und so für die Zukunft in ihrem Bestande und in ihrer Wirksamkeit
in gewissen Beziehungen dem Zufall und dem Willen Anderer preisgegeben
zu sein. Wenn die Gesellschaft einen eigenen Grundbesitz hätte, würde und
müßte das solidarische Interesse der Mitglieder der Gesellschaft die Integrität
derselben für alle Zeiten garantiren. Er toastete daher auf die Schlesiäer
Gesellschaft als zukünftige Hausbesitzerin. Für diesen ausgesprochenen
Wunsch trat mit energischen Worten auch Herr Geheimrath Rath Professor
Dr. Löwig ein, auf eigensinnige und englische Beispiele von gelehrten
Körperschaften hinweisend, denen es ein kleines gewesen sei, in sich sowie
in der Opferbereitschaft der Zeitgenossen Mittel und Wege zu finden,
sich ein eigenes Heim zu gründen. Er schlug zu diesem Zwecke einen Auf-
ruf in öffentlichen Blättern vor. Herr Geheimrath Rath Göppert replicirte,
daß ein solcher Wunsch seit Jahren auch ihm am Herzen gelegen habe, und
daß zu seiner Verwirklichung Keiner mehr bisher gethan haben könne, als er
selbst. Der Bau eines Provinzial-Museums hier selbst hätte dazu vor-
ausichtlich wohl vor Allem beitragen können, aber, trotzdem daß die Ge-
sellschaft durch die Uebereinkunft einer „werthvollen“ Gemälde-Sammlung
ihre Hingabe tumbgegeben habe, und trotzdem, daß die unbestrittene Mög-
lichkeit vorlag, daß die Schlesiäer Gesellschaft sich mit dem Museum zu
Einem Körper vereinigte oder in ihm aufging, habe doch das Präsidium
derselben (wie Herr von Uechtritz und der Präses hinzusetzte) es bei dem
Provinzialanbauge nach bereits vorangegangener Ausschließung durch
abermahlige energische Hinweisung auf die Verdienste, welche die Gesell-
schaft sich um diese Angelegenheit überhaupt erworben, nur dahin bringen
können, im Schooße der Verwaltungsbehörde des Museums nur Eine
einfache Sitz resp. Stimme zu erhalten. Andererseits sage die Gesell-
schaft in so herrlichen, aller Wissenschaft und Kunst fördernden Bestrebun-
gen, von jeher ihr geöffneten Räumen, daß, so schön sich selber zu
betten eine Schwierigkeit sein dürfte; der Dank, den die Gesellschaft
den Herren Vätern schulde, ließe vorläufig den Wunsch nicht auf-
kommen, das Verhältnis zu ihnen zu ändern. Und doch und doch — siegte
die hohe innere Bedeutung des von Herrn Geh. Rath Römer ausge-
sprochenen Wunsches, der Präses ergriff Papierbogen und forderte zu that-
sächlicher Billigung desselben auf. Es begann eine Unterzeichnung zu frei-
willigen Beiträgen zum Bau eines eigenen Gesellschaftsgebäudes, die in
kürzester Zeit die Höhe von nahezu 3000 Mark erreichten!
Iacta est alia und der erste Grundstein gelegt! Möge, so wünschen wir
lebbast, unter Beistand der hochherzigen Bürger der Stadt wie der Mäcenaten
der Provinz der durch einen glücklichen Gedanken unseres Römer ins
Leben gerufene erste Act eines der ganzen Provinz würdigen Werkes im
Laufe der nächsten Jahre bald zur vollendeten Thatsache werden. Sie
würden ein herrliches Reiz bilden in der Bürgerkrone unseres allberehrten
Göppert!

B. Breslau, 31. Jan. [Verein Breslauer evangelischer Lehrer.]
Die zweite Sitzung vom 20. Januar wurde mit der Vespereung eingegan-
gener Anträge, mit Rechnungslegung Seitens des Nendanten Drn. Thamm
und mit dem Referate über die vollzogene Revision der Bibliothek aus-
geführt, so daß leider der angekündigte Vortrag über Zeichen bis zum nächsten
Vereinsabende verschoben werden mußte. Sowohl dem Nendanten, als auch
dem Bibliothekar Herrn Reichert staltete die Versammlung den wohlver-
dienten Dank ab, da diese Herren schon seit mehreren Jahren ihrem Amte
mit Aufopferung und großer Sorgfalt vortreten. Das 55-jährige Stiftungs-
fest fand am 27. d. im Saale zum „blauen Hirsch“ statt. Wenn auch die
Zahl der Theilnehmer diesmal geringer war als in den vergangenen Jahren,
so fehlte doch nichts, um das Fest zu einem heiteren und freudvollen zu
gestalten und es würdig seinen Vorgängern anzureihen. Die übliche ernt-
hafte Vorrede des Vorstehenden wies an der Hand des Statuts nach, daß
der Verein nun schon 55 Jahre an der Fortbildung seiner Glieder arbeite
und füglich ein Jahr ohne ausdrückliche vorgeschriebene Fortbildung sich for-
tsetzen könne. War damit dem ersten Hoch, dem auf den Verein, die richtige
Bahn gebend, so liefen auch sofort die anderen Toaste, ohne daß ein Un-
glück geschah, vom Stapel. Von geistlichem Interesse war sicher so
Manchem der Nachweis, daß in den 9 Dmännern des Vereins die Typen
der verschiedenen Culturrepochen, von der Stufe des Jägers- und Hirtenlebens
bis hinauf zu der sublimsten politischen Bildung dargestellt seien,
wenn auch andererseits nur wenige in dem Namen „Scholz“ das
Prototyp des höchsten Bildungsideals erblicken werden. Die heiteren
Liedlieder wußten die Hauptmomente des Vereinslebens, die tiefer
bewegenden Fragen der gegenwärtigen Zeit und die auf die Zukunft
gebannten Erwartungen in treffender Weise vorzuführen und wüßten
— zum Lobe des Wirthes sei es gesagt — das wirklich gute Mahl, die
rechte Stimmung bereiten, bis nach Aufhebung der Tafel der Augenblick
für größere Productionen erschien. Auf Commando des bewährten Fest-
redners Herrn Kräter verwandelte sich der Raum zum Theater, die Gesell-
schaft in ein „dankbares Publikum“, und der Mittelpunkt des Festes, die
Aufführung eines pomphaft angekündigten Lustspiels, nahm ihren Anfang.
Der Theilnehmer sei nur der Granimator (Herr Reichert) genannt, und
ihm Gedacht legt sich sofort in die heitersten Falten. „Nach dem Theater“
gelang es Herrn B. Weiß mit seiner Composition „Die liebliche Mädchen-
gestalt“ den lauteften Beifall zu erwerben. An diesem Erfolge participiren
allerdings in bedeutender Weise die Ausführenden, Herr Müller und Herr
Fusch. Daß Herr Braunhäler mit den von ihm vorgetragenen humo-
ristischen Sachen die ungetheilteste Heiterkeit erregte, wird denen als selbst-
verständlich erscheinen, welche seine Gabe für charakteristische Auffassung
kennen. So bot denn auch dieses Fest eine erscheinende Abwechslung in
dem Alltagsleben und war geeignet, die Theilnehmer enger zu verbinden,
das Vertrauen zu fördern. Wo aber sich Lehrer vereinen, da dürfen auch
Wittnen und Waisen ihr Scherlein dabinehmen: eine Sammlung für die
Sonderstiftung wurde, wie üblich, veranstaltet.

† Breslau, 31. Jan. [Der Rättherinnen-Verein] hielt in voriger
Woche seine zahlreich besuchte Jahresversammlung im Elisabethen ab. Bei
derselben erstattete zunächst der Schriftführer, Rector Dr. Thiel, den Jah-
resbericht. Bei Erörterungen seiner Mitglieder hat der Verein nicht
nur freien Art und freie Wiedig (auch Wader und Brunnencuren nicht
ausgeschlossen) gewährt, sondern er hat auch wöchentliche Krankengelder ver-
abfolgt. Bei eingetretener Arbeitsunfähigkeit gewährte er fortlaufende,
bei besonderen Nothständen außerordentliche Unterstützungen. Bei Verheirathung
seiner Mitglieder verabsfolgte er einen Beitrag zu den Ausstat-
tungskosten, bei Todesfällen eine Beisteuer (30 Mark) an die Hinter-
bliebenen zu den Beerdigungskosten. Wenn der Verein hierdurch auch
nicht allen Bedürfnissen seiner Mitglieder in vollem Umfange Befriedigung
zu gewähren vermochte, wenn namentlich die Unterstützung für arbeitsun-
fähig gewordene Mitglieder, obgleich sie in dem abgelaufenen Jahre bereits
372 Mark betrug, nicht dazu ausreichte, so sind es doch nicht seine Mitglie-
der, für die in öffentlichen Blättern c. unter der Firma „eine arme Rättherin“
das Wohlwollen in Anspruch genommen wird. — Das Vereinshaus,
welches den Mitgliedern selbständige, gesunde und lichte Wohnungen zu
billigen Preisen oder unentgeltlich bieten wird, dürfte, nachdem bereits Un-
terhandlungen wegen des Baues geschlossen worden, im Laufe dieses Jahres
wohl zur Ausführung gelangen. Freilich wird dazu die Unterstützung der
Freunde und Förderer des Vereins noch in reichem Maße erwartet. —
Die Finanzlage des Vereins war nach der von der Schachmeisterin, Frau
Kaufm. Böhm, gelegten Rechnung eine befriedigende. Es wurden ver-

einnehmte 1291 Mk., verausgabte 1201 Mk. Die Versammlung theilte
der Schachmeisterin dankend Decharge. — Bei der folgenden Wahl des
Vorstandes wurden Frau Partit. Vemor als Vorsteherin, Frau Kaufm.
Hoferdt als deren Stellvertreterin, Rector Dr. Thiel als Schriftführer,
Frau Kaufm. Böhm als Schachmeisterin, Frau Inspector Strad als deren
Stellvertreterin, einstimmig wiedergewählt, ebenso Dr. med. Krause als
Vereinsarzt. Zu Mitgliedern des Ausschusses wurden gewählt die Fräulein
Berger, Bergmann, Windig, Böer, Sabert, Sabisch, Hartig,
Jäger, Kahlert, B. Schmidt, Seidel und Fuschke.

A. F. Breslau, 31. Januar. [Händlerverein.] Der gestrigen
Versammlung wurde die Freude zu Theil, in Herrn Dr. Dieck eine der
neuen Lehrkräfte zu begrüßen, deren das Vortragsverzeichnis für das laufende
Quartal mehrere ankündigt. Eine kurze Erklärung des menschlichen Auges
als Basis für seinen Vortrag voranschickend, gab der Redner eine Reihe
der interessantesten Aufschlüsse über den Bau des Auges der höheren Thiere,
d. h. der Säugethiere, Vögel, Fische und Amphibien, indem er an den ver-
schiedensten Gattungen und einzelnen Vertretern derselben, die Beschaffenheit
der einzelnen Theile und hervorragende Eigentümlichkeiten des Auges aus-
einandersetzte, resp. einer vergleichenden Betrachtung mit dem menschlichen
Auge unterwarf. Eine kurze Fragebeantwortung, die sich größtentheils auf
das stattgehabte Carnevalsfest bezog, schloß, nachdem Herr Freyhan dem
Vortragenden im Namen des Vereins gedankt und um Fortsetzung seiner
Belehrungen gebeten, die Sitzung.

[Erbchaft.] Da der jüngst verstorbene Herzog Eugen von
Württemberg keinen Sohn hinterläßt (— seine Zwillingstochter, Her-
zogin Elsa und Olga, sind am 1. März 1876 geboren —) so dürfte
der Besitz der Herrschaft Carlruhe in Oberschlesien, event. an den
Herzog Wilhelm Nicolaus, k. k. österreichischer Feld-Marschall-Lieutenant,
Truppen-Divisions- und Militär-Commandant in Triest, übergehen.

[Außersourssetzung.] Es möge darauf hingewiesen werden,
daß mit dem 15. d. M. die Zweithaler- (Dreieundehalb-Gulden-)
Stücke, wie die Eindrittelhaler- (Zehn Groschen-) Stücke außer
Cours treten und überhaupt nicht mehr umgewechselt werden, während
bis dahin die damit beauftragten Kassen die Umwechslung bewirken
müssen.

A. Jauer, 31. Jan. [Kirchliche Organe.] Am vergangenen Son-
ntage wurden die neu resp. wiedergewählten Mitglieder des evangelischen
Gemeinde-Kirchenrathes, die Herren Bürgermeister Lindemann, Gymnasial-
Director Dr. Bollmann, Gerichtsrath Schneider, Bergwerksdirector Brommich,
Buchdruckereibesitzer Baillant und Seifenfabrikant Heeger, unmittelbar nach
dem Hauptgottesdienst durch den königlichen Superintendenten Herrmann in
ihre Amt eingeführt. Die hiesige evangel. Gemeinde scheint auf die neue
Kirchenverfassung noch nicht das richtige Gewicht zu legen oder auch viel-
leicht noch nicht das nöthige Verständniß für dieselbe zu besitzen, denn die
Betheiligung an den kirchlichen Wahlen war eine äußerst schwache. Ebenso
ist die Eintragung in die kirchliche Wählerliste von Vielen verabreumt wor-
den; endlich besuchten selbst Mitglieder der Gemeinde-Vertrretung die
Sitzungen der beiden Körperschaften so unregelmäßig, daß sehr oft die Be-
schlußfassung unmöglich war. Hoffentlich werden die jetzt neu gewählten
Vertreter der Gemeinde die Rechte und Pflichten ihres Mandats in flarerer
Uebereinstimmung zu bringen wissen. — Als Curiosum bei der Stichwahl
für den Reichstagsabgeordneten mag von hier erzählt werden, daß sich in
einer Wahlurne eine Cuntigun vorfand, welche nun mit nach Berlin wandert

—eh= Dypeln, 31. Jan. [Minderpest.] Im Anschluß an unsere
letzte Mittheilung können wir noch berichten, daß in Sosniza bei Jazbge
das von der Minderpest infectirte Gehöft des Häuslers Gawnon völlig
evacuirt ist und mit der Desinfection energisch fortgefahren wird. Das
Nachbargehöft ist als ein verdächtiges aus prophylactischen Rücksichten eva-
cuirt worden; in demselben befand sich nur eine einzige Kuh, deren Section
Minderpest nicht ergab; in dem anderen Nachbargehöft befindet sich kein
Hornvieh. Die Sperrmaßregeln werden in Sosniza durch 60 Mann Militä-
r aufrecht erhalten. Da übrigens alle 3 Gehöfte eine ziemlich isolirte
Lage zum Dorfe haben, so kann man wohl annehmen, daß die Minderpest
in dieser Ortschaft als gelöst anzusehen sei. — Mit Rücksicht auf diesen
Pestausbruch hat die könig. Regierung durch Amtsblatt-Bekanntmachung
vom 29. d. M. den § 17 der revidirten Instruction vom 9. Juni 1873 für
die Kreise Jazbge, Tarnowitz, Gleiwitz, Beuthen und Ratto-
witz wiederum neu eingeführt. Ausgenommen von den dadurch be-
dingten Verkehrssperren sind durchgehende Eisenbahnzüge, welche
vom Auslande her oder aus nicht infectirten Theilen des Inlandes kommen.
— Mit Rücksicht auf die noch nicht völlig geligte Seuche im Brieger Kreise
ist der § 17 a. a. O. für die dem Brieger Kreise zunächst gelegenen und
bedrohten Amtsbezirke der Kreise Dypeln, Grottau und Falkenberg
aufrecht erhalten worden. — Für den ganzen Regierungsbezirk ist die Ab-
haltung der Kram- und Wochenmärkte gestattet, dagegen die Abhaltung der
Viehmärkte und der Veterinärpulscherei bei der Minderpest verboten worden.
Angordnet bleibt für den ganzen Bezirk die Hornvieh-Controle und die
Bewachung zur Anzeige von verdächtigen Krankheiten und Todesfällen
bei Hornvieh.

Berlin, 31. Jan. Heute hatte sich wieder auf dem Speculationsgebiete
eine Haufe etablirt, die in einzelnen Effecten nicht unbedeutliche Cours-
steigerungen hervorbrachte. Als Grund dafür wären die etwas verzögerten
Stück-Anläufe seitens mancher Blanco-Abgeber und die aus der Infolvenz
einer unbedeutenden und einer größeren hiesigen Speculations-Firma ent-
springenden Deductionen, endlich aber auch anregende Course von auswärtig,
anzuführen. Daß man sich mit Gerüchten über Abrechnungen trug, erwähnen
wir nebenher. Die höchsten Course behaupteten sich übrigens nicht bis zum
Schluß. Einheimische Eisenbahnen waren matt im Zusammenhang mit der
gedrückten Haltung der Montanwerthe. Entspränge letztere der thatächlich
schlechten Lage des Marktes, so wäre damit allerdings auch die nachtheilige
Wirkung auf den Eisenbahnverkehr angezeigt. In den internationalen
Speculationspapieren entwickelte das Geschäft eine langentbehrte Regsamkeit.
Die Notirungen machten vielfache Schwankungen durch, bewegten sich indeß
bis gegen die letzte Hälfte der zweiten Börsenunde in steigender Richtung.
Auch Lombarden betheiligten sich ziemlich lebhaft am Verkehr. Die öster-
reichischen Nebenbahnen profitirten ebenfalls von der allgemeinen Festig-
keit, blieben indeß in den Umsätzen etwas zurück. Nur in Galizien zeigte
sich der Verkehr lebhaft und erhöhte sich auch in Folge dessen der Cours nicht
ganz unbedeutend. Die localen Speculationseffecten trugen eine weniger
feste Physiognomie. Disconto-Commandit gingen zwar mit einer Cours-
erhöhung aus dem heutigen Verkehr hervor, erlitten aber zum Schluß doch
eine Abchwandung. Lauractien und Dortmund Union niedriger. Dis-
conto-Commandit 110,50 ult. 110,25—110,90—110,50. Laurabütte 67,50,
ult. 67,50—67—67,75. — In den auswärtigen Staatsanleihen fand ein
sehr reges Geschäft statt und konnten fast ausnahmslos sämtliche Devisen
dieser Gattung höher zur Notig. Namentlich gewannen die Umsätze in
österreich. Gold-, Silber- und Papierrente sowie in 1860er Loosen größeren
Umfang, aber es betheiligten sich auch Türken, Italiener und sämtliche
Ungarische Werthe sehr reg am Verkehr. Russische Werthe bekundeten eben-
falls große Festigkeit, besonders zeichneten sich die fundirten Anleihen und
die Prämien-Anleihen in dieser Beziehung aus. 5 proc. Russische Anleihe
per ult. 84—84,40—84. Preussische und andere deutsche Staatspapiere seit,
aber meist unbelebt. Eisenbahnprioritäten waren sämtlich fest. Von ein-
heimischen Devisen zeigten sich vorzugsweise Halle-Sorauer Litt. C, Han-
nover-Altenbeker und Berlin-Görlitzer Litt. B beliebt. Auf dem Eisenbahn-
Actienmarkt war trotz der matten Stimmung der Verkehr nicht unbelebt.
Die Coursbewegung ging meist abwärts, Stettiner behaupteten ihre
bisherige Festigkeit. In Halberstädtern waltete ein härteres Angebot
vor, Potsdamer ebenfalls eher matt, Hamburger offerirt, Weimar-Gera
fest, Brest-Grajewo begehrt, Rahebahn höher. Von den Stamm-
prioritäten-Actien waren Ostbaltisch-Polener bevorzugt, Bankactien bewegten
sich in fester Haltung. Preuß. Bodencredit zog im Course an. In Central-
bank für Industrie fanden einige Umsätze zu etwas besserem Course statt.
Spiritant Brede höher, Centralbank für Bauten belebt und besser, Essener
Credit reger, Berg-Mark. Bank höher, Geraer Bank lebhaft und steigend,
Deutsche B. und Dessauer Landesbank wurden lebhaft umgesetzt, Schaaf-
hausen ging ebenfalls ziemlich reger um. Berg-Mark. Industriell. matt.
Deutsche Handelsb. stark angeboten. Industriepapiere wenig belebt. Dan-
nberg Caltunfabrik und Centralstrahe begehrt. Böhmisches Brauhaus
höher. Landre gefragt. Brauerei Friedrichshain ziemlich lebhaft. Bau-
verein Friedrichshain ging zu höherem Course reger um. Magdeburger
Spiritant anziehend. Continental-Werkebahn offerirt. Norddeutsche Eisen-
bahnbedarf begehrt. Oberschles. Eisenbahnbedarf zu höherem Course ge-
fragt. Hoffmann Waggonfabrik offerirt. Montanwerthe fortdauernd ge-
drückt. Deutsches Bergwerk begehrt und anziehend. Tarnowitzer höher.
Gelsenkirchen, Schlesiäer Kohlen niedriger. Kölner Bergwerk sehr matt.
Donnersmarkt niedriger.

Berliner Börse vom 31. Januar 1877.

Chemnitz-Komotau . . .	96,60 bz	Donnersersamhütte	3	—	18,50 B
Dux-Bodenbach . . .	60,50 bzG	Dortm. Union . . .	0	—	6,10 bz
do. II. Emission . . .	51,20 etbG	Königs- u. Laurab.	2	0	67,50 bzG
Prag-Dux fr.	23,20 G	Lauchhammer . . .	0	—	24,20 bzG
Gal. Carl-Ludw.-Bain.	84,20 bz	Marienhütte . . .	8	—	67,50 bz
do. do. neue	82 bzG	Oschl. Eisenwerke	1 1/2	—	7 bz
Kaschau-Oderberg . .	55,25 bzG	Reudenhütte . . .	0	—	5,50 bz
Ung. Nordostbahn . .	51,50 bz	Schl. Kohlenwerke	0	—	7,00 bzG
Ung. Ostbahn	49,70 bz	Schl.Zinich-Actien	8	—	77,00 G
Lemberg-Csernowitz .	63,50 bz	do. St.-Pr. Act.	6	—	83,25 G
do. do. II.	64,70 bzB	Tarnowitz, Bergh.	3 1/2	—	39,50 bzG
do. do. III.	55,90 bz	Vorwärtschütte . .	0	—	12 B
Mährische Grenzbahn	52,90 G	Baltischer Lloyd . .	0	—	41,75 G
Mähr.-Schl. Centralt.	14,60 G	Bresl. Bierbrauer . .	0	—	—
do. II. fr.	—	Bresl. E.-Wagenb.	6 1/2	—	46,50 G
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5 63 bzB	do. ver. Oelfabr.	1	—	44,00 G
Öesterr.-Französisch	315,90 bz	Erdm. Spinnerei . .	1	—	17,75 G
do. II.	330,25 G	Grüritz, Eisenb.-B.	4	—	40,90 G
do. südl. Staatsbahn	232,50 bzG	Hollm's Wag.Fabr.	0	—	16,00 B
do. neue	234 G	O. Schl. Eisenb.-B.	8	—	27,00 G
do. Obligationen	77,25 bzB	Schl. Leichenau . .	5 1/2	—	68,10 G
Rumän. Eisenb.-Oblig.	59 bzG	do. Porzellan . . .	0	—	9 B
Warschau-Wien II. . .	95,50 G	WilhelmshütteMA.	4 1/2	—	70,00 B
do. III.	91 bz				
do. IV.	85,50 B				
do. V.	80 bzB				

Bank-Discount 4 pCt.
 Lombard-Zinssuss 6 pCt.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegraph.-Bureau.)

Dortmund, 28. Jan. [Wochenbericht des Dortmunder Börsevereins.] Kohlen und Cokes. Ueber eine Besserung im Kohlen- und Cokeshandel ist leider nicht zu berichten. Der Bedarf der Eisenindustrie und der Eisenbahnen nimmt eher ab als zu und in Hausbrandkohlen ist in Folge des anhaltend milden Wetters nur ganz geringer Bedarf. Die Begehren sind nunmehr gezwungen, theils Arbeiter zu entlassen, theils ein Drittel der Schichten feiern zu lassen, um die Production möglichst gering zu halten. Die Preise, welche größtentheils die Selbstkosten nicht decken, sind schwer zu constatiren, weil bei einigermaßen größeren Umläufen à tout

Witterungsbericht vom 31. Januar.
7—8 Uhr Morgens.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Dunstdruck	1 ^u , 93	1 ^u , 82	1 ^u , 87
Dunstfättigung	80 pCt.	86 pCt.	95 pCt.
Wind	SW. 3	SW. 3	NW. 2
Wetter	bedeckt.	bedeckt.	bedeckt, Schnee.

Breslau, 1. Febr. [Wasserstand.] D.:P. 4 M. 90 Cm. U.:P. — M. 18 Cm.

Todes-Anzeige. | **Schlesische Tuchfabrik**

Todes = Anzeige.

Beerdigung: Freitag, den 2. d. M.,
Nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause
Büttnerstraße Nr. 8.

Einen zuverlässigen Maschinenwärter.

eingegrabt bei [2438]
Julius Jacob,
Blücherplatz 19,

Der alleinige

Auf Obiges Bezug nehmend, erlaube mir anzuzeigen, daß ich
nur firmire: [2651]

Johann Bensch senior,
Schuhbrücke 60 u. 61.

nahe der Albrechtsstraße.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Grak, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.